

Mitglieder der CDU  
im Wahlkreis Coesfeld/Steinfurt II  
im Email-Verteiler



Marc Henrichmann

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Abgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld/Steinfurt II  
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

**Berliner Büro**

**Unter den Linden 71  
Raum 337**

Telefon 030 227 – 79385

Fax 030 227 – 70385

E-Mail: marc.henrichmann@bundestag.de

Berlin, 3. Juni 2022

**Ampel-Abgeordnete ohne Verantwortungsbewusstsein / Schuldenmacher Lindner**

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Parteiliebe,

verkehrte Welt im politischen Berlin. [Am Sonntag einigte sich die Union mit der Ampel auf das 100 Milliarden Euro starke Sondervermögen für die Bundeswehr](#). Dass Bundeskanzler Scholz sein zentrales Versprechen, die Bundeswehr besser auszustatten, umsetzen kann, verdankt er im Wesentlichen der CDU und der FDP. Einige Abgeordnete der SPD und der Grünen stimmten gegen das Sondervermögen für die Bundeswehr. Ihnen mangelt es offensichtlich am nötigen Verantwortungsbewusstsein und an Unterstützung für die Bundeswehr.

Dass die Ampel auf die Stimmen der CDU/CSU angewiesen ist, liegt daran, dass für das Sondervermögen das Grundgesetz geändert werden muss. Dies geht nur mit einer Zweidrittel-Mehrheit im Bundestag und im Bundesrat. Die CDU steht zur Bundeswehr und trägt deshalb die Änderung des Grundgesetzes und die Einführung eines Sondervermögens mit. Während der Verhandlungen hat die Union darauf bestanden, dass die 100 Milliarden Euro ausschließlich für die Bundeswehr ausgegeben werden dürfen. Genauso steht es nun auch im Gesetz. Ein Gremium des Haushaltsausschusses des Bundestages wird dies überwachen.



Marc Henrichmann

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Abgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld/Steinfurt II  
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Mit dem finanz- und haushaltspolitischen Experten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, meinem Kollegen Dr. Mathias Middelberg, habe ich [ein kurzes Interview über das Sondervermögen und das Zwei-Prozent-Ziel](#) gedreht.

### **Eine neue Dimension der Bundeswehr-Investitionsoffensive**

Mit den 100 Milliarden Euro stellen wir sicher, dass die Bundeswehr endlich weiter modernisiert und besser ausgerüstet werden kann, um die zentralen Aufgaben der Landes- und Bündnisverteidigung wahrzunehmen. Der Krieg in der Ukraine zeigt deutlich, dass dies nötig ist. Die Union steht dabei an der Seite der Soldatinnen und Soldaten. Es waren die Unionsministerinnen Ursula von der Leyen und [Annegret Kramp-Karrenbauer](#), die dafür gesorgt haben, dass der Etat des Bundesverteidigungsministeriums von 32 Milliarden Euro auf aktuell über 50 Milliarden Euro gestiegen ist; stärker als jeder andere Etat im Bundeshaushalt. Seit dem Überfall Russlands auf die Krim im Jahr 2014 sind damit die Ausgaben für die Bundeswehr bereits um mehr als 30 Milliarden Euro gestiegen. Mit den 100 Milliarden Euro setzen wir also nun die Investitionsoffensive in die Bundeswehr in einer neuen Dimension fort.

Neben der Finanzausstattung bedarf es auch eines zeitgemäßen Beschaffungswesen für die Bundeswehr. Mir fehlt jedes Verständnis dafür, dass die [Verteidigungsministerin Lambrecht](#) ein umfangreiches Modernisierungsvorhaben ihrer Vorgängerin Annegret Kramp-Karrenbauer ausgesetzt hat. Darüber hinaus konnte sie in den ersten sechs Monaten keine eigenen Vorstellungen zur Modernisierung der Beschaffung vorstellen. Es ist daher gut, dass die Union in den Verhandlungen zum Sondervermögen darauf bestanden hat, dass noch vor der parlamentarischen Sommerpause eine Initiative zur Beschleunigung der Beschaffung für Material der Bundeswehr auf den Weg gebracht wird. Das ist dringend nötig. Nur mit einer Reform des Beschaffungswesens erhält die Bundeswehr das Material, die es für ihren verantwortungsvollen Auftrag braucht.

### **Schulden, Schulden, Schulden: Bei Lindner sitzt das Geld locker**

Neben dem Sondervermögen wurde in dieser Woche der [Bundeshaushalt für das Jahr 2022](#) verabschiedet. Wer darauf vertraute, dass die FDP für eine solide Finanzpolitik steht, wurde am Ende dieser Woche bitter enttäuscht. Mit der Mehrheit der Ampelkoalition beschloss der Bundestag die Aufnahme von [weiteren 140 Milliarden Euro Schulden](#). Während Finanzminister Schäuble mit seiner soliden Haushaltspolitik ohne neue Schulden die Grundlage für das Wirtschaftswachstum der letzten Jahre gelegt hat, kennt Lindners Haushalt nur: Schulden, Schulden, Schulden. Nur ein Finanzminister hat es in seiner Amtszeit geschafft, einen Etat mit einem noch größeren Minusbetrag vorzulegen: Der damalige Finanzminister Olaf Scholz. Von Haushaltsdisziplin und Sparsamkeit halten



Marc Henrichmann

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Abgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld/Steinfurt II  
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Ampelpolitiker offensichtlich nichts. Angesichts der hohen Teuerungsrate sind neue Schulden keine gute Nachricht. Im Gegenteil: Die Ampel erhöht mit ihrer Politik des lockeren Geldes den Inflationsdruck.

### **Ein höherer Mindestlohn ist richtig – der Weg dahin falsch**

Zudem haben wir im Bundestag über den gesetzlichen Mindestlohn diskutiert. Ab Oktober wird dieser auf zwölf Euro pro Stunde angehoben. Um es ganz deutlich zu sagen: Ein „Mindestlohn“ in dieser Höhe ist richtig, um Beschäftigte vor unangemessen niedrigen Löhnen zu schützen. Gerade vor dem Hintergrund der hohen Inflation und der gestiegenen Preise ist das wichtig.

Ich störe mich aber daran, wie der Mindestlohn festgelegt wurde. In Deutschland liegt die Lohnfindung in den Händen der Sozialpartner und nicht beim Staat. Im Mindestlohngesetz von 2014 hatten wir beschlossen, dass die Mindestlohnkommission, bestehend aus Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Wissenschaftlern, die Höhe eines Mindestlohnes festlegen solle. Über diesen Weg wäre eine Höhe von zwölf Euro pro Stunde bald erreicht worden. Nun hat die Ampel dieses bewährte Sozialpartnermodell über den Haufen geworfen und schwächt damit die Tarifautonomie. Ein System, um das uns die Welt beneidet. Ich bin der festen Überzeugung, dass Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinsam entscheiden können, welche Löhne in welchen Regionen und welchen Branchen zu realisieren sind.

Zwölf Euro Mindestlohn ist richtig, angemessen und verdient. Der Weg über einen politischen Beschluss ist der falsche. Ich befürchte, dass es in jedem Wahlkampf zu einen lohnpolitischen Überbietungswettbewerb kommen wird. Folglich hat sich die Unionsfraktion bei der Abstimmung enthalten.

Ihnen und Ihrer Familie wünsche ich frohe Pfingsten.

Für Rückfragen stehe ich unter [marc.henrichmann@bundestag.de](mailto:marc.henrichmann@bundestag.de) zur Verfügung. Mehr über meine Arbeit finden Sie auf meiner [Homepage](#), bei [Facebook](#), [Instagram](#) und [Twitter](#).